Auszüge
aus authentische niedergeschriebenen
Berichten der Ansichten des
Achtbaren Stephen A. Douglas
über die
Tarif-Frage.

Herr Douglas ist gegenwärtig ein Candidat und seine Freunde bemühen sich, das Volk glauben zu machen, als sei er Freund der Interessen des Nordens; allein die beifolgenden Auszüge aus offiziellen Congreß-Berichten werden beweisen, daß die besonderen Institutionen des Staates Pennsylvania, die „Eisen-Minen und Fabriken" keinen beständigeren, hartnäckigeren Feind haben, von Süd-Carolina bis nach Texas, als Stephen A. Douglas. Was auch immer für Bewegungen der Freihändler von Südcarolina, Georgia u. Mississippi, während den letzten 16 Jahre um die Zölle zu reduciren gemacht wurden, Herr Douglas stand ihnen zur Seite und wählte für sie. Er kam in das Haus der Repräsentanten der Ver. Staaten im Dezember 1843, und von diesem Tage bis auf den heutigen war er mit Rhetts und Boyer eifrig bemüht, die Eisen-Minen und Fabriken des Schlußsteinstaates nieder zu brechen.

Herr Douglas war kaum warm in seinem Sitze, als er auch schon seine Sympathie für den Süden erklärte, indem er gegen die Manufaktur-Interessen der freien Staaten zu Felde zog.

Am 18. Dezember 1843 trug Herr Rhett von Südcarolina im Hause der Repräsentanten der Ver. Staaten darauf an, daß man von der Regel der Geschäfte abweichen möge, um ihm Gelegenheit zu geben, den nachfolgenden Beschluß einzubringen:

„Beschlossen: Daß die Committee für Mittel und Wege in aller Eile ein Gesetz entwerfe, um die Tarifakte von 1842 zu widerrufen und daß an Stelle desselben der höchste Grad der Steuern für importirten Waaren 20 pro Cent, und darunter sein soll, im Interesse der Staats-Einkünfte."

Hr. Rhett trug auf Abstimmung seines Antrags,—von der Regel der Geschäfte abzuweichen — an, welche 77 bejahende und 108 verneinte Stimmen gab. Hr. Douglas stimmte bejahend mit den Freihändler des Südens. (Zu finden im Congressional Globe, 1. Sitzung des 28. Congresses Seite 44, und zu finden im Journal des Hauses der Repräsentanten erste Sitzung des 28. Congresses Seite 67.)

Herr Rhett brachte denselben Antrag wieder ein am 3. Januar 1844, für welchen er auf vorläufige Frage antrug. Die vorläufige Frage wurde genommen, der Antrag aber mit 112 gegen 57 verworfen. Hr. Douglas wählte auch hier wieder mit den Freihändler des Südens. (Cong. Globe, S. 98. Journal des Hauses, S. 151, 1. Sitzung des 28. Congresses.)

Am 3. Jan. 1844, brachte Hr. E. J. Black von Georgia, den folgenden Beschluß ein, und trug auf die vorläufige Frage darüber an:

„Beschlossen: Daß die Committee über Mittel und Wege instruirt werde, einen Entwurf einzubringen, so bald als möglich, welcher bei wiederholter Prüfung des gegenwärtigen Tarifs eine Aenderung empfiehlt, und zwar nach den Grundsätzen die Staatseinkünfte zu verbessern."

Die Abstimmung ergab 83 dafür und 84 Gegenstimmen. Hr. Douglas wählte auch hier wieder mit den Freihändler des Südens. (Cong. Globe S. 99. Jour. d. Repräs. Hauses 28te Cong. 1. Sitzung, S. 153.)

Die folgende Stelle des Wirkens des Herrn Douglas ist besonders zu beachten. Es wird zu sehen sein, daß er begünstigend für einen Antrag der bezeichneten Staatseinkünfte stimmte, und gegen die amerikanischen Interessen. Ein Tarifsystem gegründet auf diese Prinzipien wür-

de die **höchste** Besteuerung auf solche Artikel legen, welche wir zur Consumtion gebrauchen, und welche hier nicht produzirt werden, als da, sind — Thee und Kaffee; ebenso würde es die höchste Besteuerung auf Roh-Materialien legen, die hier nicht gezogen werden können, allein zur Fabrikation unbedingt nothwendig sind; während hohe Zölle an solche Waaren, welche hier produzirt und fabrizirt werden können, bald eine solche Concurenz hervorrufen, daß die Importation geschwächt würde. Hier bewies Hr. Douglas, und stimmte sogar für den Schutz der ausländischen Fabrikation dadurch, daß er solche Artikel mit hohem Zolle belegte, welche hier nicht geliefert werden können, anstatt diese Fabrikate, welche wir hier liefern können so zu besteuern, daß die Concurenz mit dem Auslande möglich wäre. Natürlich werden auf diesem Wege die Staatseinkünfte vergrößert. Allein diese Doktrine ist weit gefährlicher als direkter Freihandel und wir halten es für besser, lieber die Zöllhäuser gänzlich abzuschaffen, als sie zum Schutz der ausländischen, und verderben der einheimischen Industrie zu erhalten.

Am 4. Jan. 1844 trug Hr. Saunders von Nord-Carolina darauf an, daß die vorläufige Frage über den Antrag des Hr. McDowell von Ohio genommen werde. Der Antrag war:

Beschlossen: Daß die Committee für Mittel und Wege instruirt werde, einen Entwurf einzubringen, welcher den gegenwärtigen Tarif so verändert, daß die Staatseinkünfte dadurch nach dem Bedürfniß der ökonomisch verwalteten Gouvernments vergrößert werden, und welcher so bezeichnet ist, daß wir nur auf diesen Grund sehen und auf keinen andern."

Bei der Abstimmung dieses Antrages stimmten 84 dafür und 102 dagegen. Hr. Stephen A. Douglas stimmte dafur mit den Freihändler des Südens. (Cong. Globe, 1. Sitzung d. 28. Cong. S. 102, u. Journal des Repräs. Haus, 1. Sitzung d. 28. Cong. S. 160.)

Am 8. März 1844 brachte Hr. McKay von Nordcarolina als Mitglied der Committee über Mittel und Wege, im Repräsentantenhaus einen Entwurf ein, um den bestehenden Tarif zu ändern, unter dem Titel: „Eine Akte zur Vergrößerung der Staatseinkünfte, wonach Importationen, ebenso eine Aenderung und Modifirung bestehender Gesetze, welche Steuern auf Importationen legt; welche am 30. August 1842 angenommen wurden.

Der erste Artikel dieses Entwurs besagt:

„An Eisen in Barren oder Stangen nicht fabrizirt durch Rollen oder Walzen, soll eine Steuer von $15 per Tonne anstatt der früheren $17 gelegt sein. An Eisen in Stangen oder Riegel theilweise oder ganz verarbeitet durch Walzen rc. soll eine Steuer von $20 statt der früheren $25 per Tonne angesetzt sein. An alles Eisen importirt in Stangen oder für Eisenbahnen, oder sonstige Wege, oder als Modelle, fertig zum Gebrauch für Eisenbahnenschienen oder sonstige Zwecke, so daß keine weitere Arbeit daran nöthig ist, soll eine Steuer von $10, statt der früheren $25 per Tonne gelegt werden.

„Artikel 2 sagt. An Eisen in länglicher Form soll eine Steuer von $7 per Tonne, statt der früheren $9 gelegt werden.

„Artikel 9. An Kohlen soll eine Steuer von $1 angelegt sein, statt der früheren $1¾ per Tonne."

Um diesen Entwurf ganz zu sehen verschaffe man sich: Cong. Globe, 1. Sitzung 28. Congresses, Seite 361.

Dieser Entwurf wurde vom 8. März bis 10. Mai täglich diskutirt, wonach ein Antrag denselben auf den Tisch zu legen mit 105 gegen 99 Stimmen angenommen wurde. Diese Abstimmung wurde von allen Parteien, und im Hause öffentlich als eine bekenntnißeidablegungs Abstimmung erklärt. Stephen A. Douglas stimmte dagegen mit den Freihändler des Südens.— Cong. Globe, 1. Sitzung des 28. Congresses. S. 591, Journal des Repräs.-Hauses 1. Sitzung des 28. Congreß Seite 895.

Am 14. April 1846 Hr. McKay von Nord-Carolina brachte einen Bericht der Committee über Mittel und Wege zur Modifirung des Tarifs ein. Cong. Globe, 1. Sitzung des 29. Congreß, S. 670. In diesem Entwurf finden wir unter den Gegenständen die mit 30 pro Cent durchschnittlich besteuert werden sollen: Eisen in Stangen, Riegel, Reifen, Stücken oder sonst verschiedenartigen Form, Gußeisen, gegossene Stücke, Schiffe von Gußeisen und dergleichen mehr.

Dieser Entwurf wurde bis zum 29. Juli berathen, wo alsdann beantragt wurde, denselben auf den Tisch zu legen, welcher Antrag aber mit 113 gegen 96 Stimmen verworfen wurde. S. A. Douglas stimmte gegen den Antrag mit den Freihändler des Südens. Cong. Globe, 1. Sitzung 29. Congreß, S. 1165, Journal des Repräs.-Hauses, 1. Sitzung des 29. Congresses S. 1172.

Schließlich wurde eine Abstimmung über den betreffenden Entwurf vorgenommen, derselbe wurde mit 109 gegen 103 Stimmen angenom-

men. Stephen A. Douglas stimmte für den Antrag mit den Freihändler des Südens. Cong. Globe, 1. Sitzung des 29. Cong., S. 1165. Journal des Repräs.-Hauses, 1. Sitzung des 29. Congresses, S. 1173.

Auf diese Art wurde der Schutzzoll von 1842, in welchem Pennsylvanien's Interessen so stark verwickelt waren, daß selbst James Buchanan sich verpflichtet sah, dafür zu stimmen, widerrufen, und an seine Stelle das Freihandelsystem vom Jahre 1846 eingesetzt, durch die Unterstützung der Stimme von Stephen A. Douglas.

Allein der Ruin der Interessen des Eisens war noch nicht vollständig; und Hr. Douglas hielt sich für verantwortlich, in das Kriegsgeschrei der Süd-Carolina Freihändler, welche noch weitere Opfer verlangten, einzustimmen. Da waren solche, welche so hartherzig waren, nicht einmal den Verdacht gestatten zu wollen, daß Hr. Douglas, als er für den Widerruf des Tarifgesetzes an Eisen stimmte, von noch andern Motiven, als denen, der Unterwürfigkeit gegen den Süden, geleitet wurde. Der Zufall wollte, daß diese unzeitige Geburt des Widerrufs der Steuer an Eisenbahn-Eisen, mit dem Zeitpunkt zusammentraf, wo die Agitation der Erwerbung ungeheurer Ländereistrecken für die Illinois Central-Eisenbahn begann.

Daß Hr. Douglas in dieser Bahn mehr als patriotisches Interesse hatte ist eine unleugbare überwiesene Thatsache.

Allein ob Jemand glaubt, daß Douglas persönliche Interesse dabei ahnte, als er für die Aufhebung der Steuer an Eisen, welches auf seiner eignen Eisenbahn gelegt werden sollte, stimmte, ist eine Frage, die die Eisen-Miner und Fabrikanten zu entscheiden die Freiheit haben. Doch eins ist gewiß; der Zoll an Eisen brachte in diesm Jahre $4,600,000 in die Ver. Staaten-Kasse, wie von Hrn. Hunter von Virginien erklärt wurde, und ihr Widerruf würde von der Kasse während der letztvergangenen 7 Jahren in demselben Fall, die Summe von $32,200,000 genommen haben, während das in Interesse an Eisen so niedergedrückt worden wäre, daß es einer gänzlichen Vernichtung gleich gewesen sein dürfte. Hr. Douglas war nicht zufrieden mit 2,595,000 Acker öffentlichem Land für seine Bahn, sondern stimmte auch dafür, daß jährlich $4,600,000 aus der Kasse kamen, damit ausländisches Eisen für Schienen benutzt werden konnte, und Alles dies geschah mit der Gewißheit, daß das Interesse Pennsylvanien dadurch ruinirt wurde.

Zum Beweis hierfür lese man die folgende authentische Angabe:

Am 28. Februar 1853 brachte Senator Mason von Virginien das folgende Amendement zu einem Bericht der Finanz-Committee, bezüglich des Eisenbahn-Eisens, im Ver. Staaten-Senate ein:

„Sek. — Hiermit sei ferner beschlossen, daß alle bestehende Steuern an Eisen, importirt zu Schienen, welche innerhalb der Ver. Staaten oder Territorien als Eisenbahnen-Schienen gelegt werden sollen, widerrufen sein sollen, und hierdurch sind."

Hr. Douglas sagt hierüber:

„Ich halte für besser, anstatt den Tarif gänzlich zu widerrufen, wir denselben auf eine bestimmte Zeit, vielleicht auf 2 — 3 Jahr suspendiren, weil commercionelle Verhältnisse eintreten können, wo es nöthig erscheinen wird, wieder Steuern zu erheben zur Vergrößerung des Staatsschatzes. Ich habe deßhalb ein Amendement zu dem Amendement zu diesem Zweck gemacht, und bringe es als solches ein; allein wenn es nicht angenommen werden sollte, dann bin ich bereit mit dem Senator von Virginien für den gänzlichen Widerruf zu stimmen." — Cong. Globe, 2. Sitzung des 32. Congreß, Seite 906.

Hierauf zog Hr. Douglas sein Amendement zurück und eine Abstimmung erfolgt über das Amendement von Senator Mason, welches mit 19 gegen 36 Stimmen verworfen wurde. Senator Stephen A. Douglas wählte für die Annahme des Mason'schen Amendements, mit den Freihändler des Südens. (Cong. Globe, 2. Sitzung des 32. Congreß, Seite 937 u. Ver. Staaten-Senats-Journal, 2. Sitzung des 32. Congreß, Seite 256.)

Am 11. April 1854 berieth der Senat als Committee des Ganzen, über einen von der Finanz-Committee eingebrachten amendirten Bericht für die zeitweilige Reduktion der Steuern an importirtem Eisen.

Der Original-Entwurf setzt voraus, daß ein Credit von 5 Jahren gestattet werden soll, für alle unbezahlte Verbindlichkeiten, welche für Steuern an Eisenbahn-Eisen, 5 Jahre vor Annahme dieser Akte gegeben wurden, ebenso an alle Verbindlichkeiten, welche noch an Steuern für importirtes Eisen nach den Ver. Staaten oder deren Territorien gegeben werden sollen, innerhalb der nächsten 2 Jahren. Nach Annahme dieser Bestimmung, wenn nachgewiesen werden kann, daß der Sekretär der Ver. Staaten damit zufrieden ist, daß das Eisenbahneisen

zu dem Zweck der Legung für Schienen in den Ver. Staaten oder deren Territorien importirt wurde.

Senator Stephen A. Douglas, indem er ein Substitute für den Bericht der Finanz-Committee einbringt, macht folgende Bemerkungen darüber:

„Das Substitut, welches ich einbringe, geht dahin, daß wir, anstatt einen Credit an Eisenbahn-Eisen für bestimmte Zeit zu geben, wir die Steuern an Eisenbahn-Eisen gänzlich suspendirten bis zum 1. Juli 1857; denn wird sie einen Credit geben, dann bin ich nicht sicher, daß sie dem Eisenbahn-Interesse dauernde Hülfe leisten. Sie werde an die Compagnie eine ungewisse Schuld haben und vielleicht erwarten, daß der Congreß die Strafen und Steuern, wenn dieselben fällig sind, erheben soll, ohne die Gewißheit solche zu erhalten, deßhalb sagen sie, die Eisenbahn-Compagnie, daß sie sich vorbereitet hält, zur Abzahlung der Schuld, ehe sie hoffen, keine zu haben. Ich fürchte, sie werden die Interessen der Eisenbahnen, und des Landes, durch solche Proposition, nicht besonders fördern. Wir haben jetzt einen Ueberschuß in der Kasse. Wir haben einen größeren Zuschuß als wir brauchten. Es ist unsere Pflicht, wenn wir beabsichten, die Einkommen zu schmälern, innerhalb der nöthigen Forderungen des Gouvernements, daß wir eine solche Maßregel ergreifen. Ich glaube nicht, daß wir zwischen jetzt und 1857, eine Vergrößerung unseres Staatschatzes durch Erhebung von Steuern an Eisenbahn-Eisen nöthig haben. Ich kenne keinen Gegenstand, von dem wir mit größerer Leichtigkeit, und mit größerem Vortheil, den Zuschuß nehmen könnten, im Interesse des ganzen Landes, als von diesen. Für diesen Grund befürworte ich, daß wir anstatt auf fünf Jahre Credit zu geben, die Steuern aufheben, bis zum 1. Juli 1857." — Cong. Globe, 1. Sitzung des 33. Congresses Seite 887.

Hr. Seward sagte: „Ich wünsche den Präsidenten der Finanz-Committee, Herrn Hunter, den Senator von Virginien zu fragen, ob er mir eine Auskunft geben kann, wie groß das Einkommen durch Steuern an Eisenbahn-Eisen war."

Hr. Hunter sagte: „Die Steuern an Eisenbahn-Eisen, verarbeitet oder roh brachte ohngefähr $4,600,000."

Herr Seward: „Ich glaube, daß dies richtig ist. Ich habe jetzt keinen Zutritt zu den Tabellen, um es für unwahr halten zu können. Ich will den Senat nicht aufhalten bei der Diskussion dieser Frage. Die Ansichten des Senators von Illinois sind ziemlich dieselben, welche er im letzten Congreß vertheidigte, aber wieder zurück zog."

Hr. Douglas. „Ich habe sie nicht zurück gezogen, weil ich etwa Einwendungen zu machen gehabt hätte, sondern weil ich es nicht für passend hielt, sie einer allgemeinen Bestimmung beizufügen."

Hr. Seward. „Die Absicht des Senators von Illinois (Hr. Douglas) ist, die Zölle an Eisenbahn-Eisen auf drei Jahre aufzuheben. Ich glaube, daß dies einerseits schlimmer ist als wenn man sie auf unbestimmte Zeit aufheben würde; weil dadurch alles bezüglich der Fagrikation von Eisenbahn-Eisen in diesem Lande, für die Zukunft unsicher und unbestimmt ist. Es wird, so weit es geht, die Fabrikanten von Eisenbahn-Eisen entmuthigen, und würde ziemlich dasselbe Uebel hervorrufen, als wenn man die Zölle an Eisen für immer aufheben wollte. Denn, sobald wir in die Periode diese drei Jahre eintreten, werden diese, welche an der Auslegung von Eisenbahnen interessirt sind, ebenso wie diese, welche bei der Fabrikation von Eisenbahn-Eisen interessirt sind, die Frage in Berathung ziehen, ob der Congreß, wenn die Zeit verflossen sein wird, den Zoll gänzlich aufheben oder eine Restoration gestatten werde. Hier wird ein Feld sein, beunruhigende und gefährliche Spekulation wobei sehr leicht die Politik oder Staatskunst dieses Landes verspielt werden könnte."—Cong. Globe, S. 887.

Ein Antrag wurde gestellt, daß dieser Gegenstand auf Montag über 8 Tage verschoben werden soll, und mit 33 gegen 9 Stimmen angenommen. Stephen A. Douglas stimmte dagegen mit den Freihändler des Südens. (Cong. Globe, 1. Sitzung d. 33. Congresses S. 892, u. Ver.-Staaten-Senats-Journal 1. Sitzung des 33. Congresses S. 316.

Am Montag den 24. April 1854, sagte Hr. Brodhead von Pennsylvania, im Senate:

„Heute ist der Tag, welcher bestimmt wurde, um über den Entwurf, Credit an Eisenbahn-Eisen-Steuern auf bestimmte Zeit zu geben, zu berathen. Es gibt viele Beweggründe die uns bestimmen sollen über diesen Gegenstand zu entscheiden. Es gibt viele Herren die bei der Fabrikation von Eisenbahn-Eisen betheiligt sind, und ich halte es für passend, daß wir diesen Gegenstand berathen, und so bald als möglich bestimmen, damit die, welche dabei betheiligt sind, ihr Schicksal erfahren. Sie wollen wissen,

ob sie weiter gehen können mit ihren Geschäften oder nicht; deßhalb denke ich, daß wir diesen Entwurf aufnehmen welcher auf heute zur Berathung bestimmt ist, und wenigstens erklären, ob wir ihn ernsthaft berathen wollen oder nicht."

Die weitere Berathung wurde verschoben, ohne weitere Bestimmung.

Sie wurde wieder aufgenommen am 8. Februar 1855.

Im Laufe der Diskussion darüber machte Hr. Brodhead folgende Bemerkungen:

„Der Entwurf ist nach meinem dafürhalten, eine Verletzung an der verpfändeten Treue des Gouvernments. Bei den Versprechungen, welche bei Annahme des Tarifs von 1846 gemacht wurden, wurden die Fabrikanten von Eisenbahn-Eisen ermuthigt, ihre Geschäften auszudehnen, sie sind jetzt nach Verwendung bedeutender Summen darin betheiligt. Dieser Akt ist unheilbringend für sie."—Cong. Globe, 2. Sitzung d. 33. Congresses, S. 626.

Im Ver. St.-Senat brachte Herr Seward am 22. Februar 1855, einen Antrag ein, daß das nachstehende Amendement zu dem Entwurf:

„Sek. 3. Ferner sei beschlossen: daß den Eisenbahn-Compagnien, welche zur Errichtung ihrer Bahnen amerikanisches Eisen gebrauchen wollen, dasselbe Reizmittel gesichert sein soll, welches in diesem Akte denen gesichert ist, welche ausländisches Eisen gebrauchen. Und daß wenn je zur Zufriedenheit des Sekretärs der Kasse nachgewiesen wird, daß solche Compagnie für ihren Gebrauch, Eisen in irgend einer Form, von amerikanischen Fabrikanten gekauft haben, es die Pflicht des Sekretärs (welcher hierdurch ermächtigt ist) sein soll, solcher Compagnie, eine eben so große Summe zu leihen, als diese sein wird, welche durch diesen Akt als Steuer von ähnlichen importirten Eisen creditirt werden soll. Solche Summe soll sofort aus der Kasse von Geldern bezahlt werden, über welche keine anderweitige Bestimmung getroffen ist. Vorausgesetzt: daß besagte Compagnie genügende Sicherheit für Rückzahlung stellt, welche denselben Betrag erreicht als die Anleihe, die innerhalb drei Jahre, von der Zeit wo sie gemacht wurde, zurückgezahlt wird, ohne Interessen, und die nebenbei durch solche persönliche oder anderweitige Sicherheit, die nach dem Urtheil des Sekretärs, die Ver. Staaten vor Verlusten bewahrt, gedeckt ist."

Bei Abstimmung wurde die Frage mit 29 gegen 8 Stimmen verworfen. Stephen A. Douglas stimmte dagegen mit den Freihändler des Südens. (Cong. Globe, 2. Sitzung d. 33. Congresses, S. 885 u. Ver. St.-Senat-Journal, 2. Sitzung d. 33. Congresses, S. 304.

Hr. Stuart von Michigan, beantragte, daß die Worte, „zwei Jahre" gestrichen und an deren Stelle, die Worte, „bis zum 1. Juli," gesetzt werden sollen.

Hr. S. bemerkte, „daß er wünsche, daß die Akte auf schon importirte oder bestelltes Eisen ausgedehnt werde. Er habe zwei Gründe, weßhalb er (bis zum 1. Juli) befürworte. Erstens sei es das Ende des Fiskal-Jahres und zweitens, schließt es jede Geldanlagen in Eisenbahn-Unternehmungen von diesem Credit aus."

Hierfür stimmten 16 bejahend und 26 verneinend. Stephen A. Douglas stimmte verneinend mit den Freihändeler des Südens. (Cong. Globe, 2. Sitzung d. 33. Con. S. 885, und Ver. St. Senats-Journal, 2. Sitzung, 33. Cong, S. 304.

Nachdem dieses Amendement verworfen war, machte Hr. Stuart ein anderes, daß die Worte, „ein Jahr vom nächsten Juli an," eingeschalten werden, allein auch dieses wurde mit 19 gegen 22 Stimmen verworfen, Stephen A. Douglas stimmte dagegen mit den Freihändler des Südens. (Cong. Globe, 2. Sitzung des 33. Cong. S. 885 u. Ver.St.-Senats-Journal, 2. Sitzung S. 304.

Die Abstimmung über den ganzen Entwurf schließlich vorgenommen.

Hr. Shields, ein demokratischer Senator von Illinois bemerkte:

„Ich bekenne, daß ich mit dem Prinzip dieses Entwurfs nicht einverstanden bin, und glaube, daß es theilweise eine unrechte und unweise Bestimmung ist, allein ich wähle dafür gemäß meiner Instruktionen von der Legislatur des Staates Illinois."

Die schließliche Abstimmung ergab 25 dafür und 18 dagegen. Stephen A. Douglas stimmte dafür mit den Freihändler des Südens. (Cong. Globe, 2. Sitzung d. 33. Cong. S. 886 u. Ver. St.-Senats-Journal, 2. Sitzung d. 33. Cong. S. 305.

Die Stellung des Hrn. Douglas war damals im Staate Illinois eine glänzende so wie sein politischer Einfluß. Es war sicherlich etwas leichtes in der Legislatur die Durchführung dieser Bestimmung zu erreichen, welche Beschlüsse enthielt die sie sehr nothwendig brauchen.

Am 1. März 1855 wurde die Civil- und diplomatische Akt berathen, welche eine Bestimmung enthielt, ein neues Tarifgesetz einzuführen, worauf Hr. Douglas sagte:

„Ich bin für Herabsetzung des Tarifs zu einem strengen Revenue-Tarif. Ich bin ein Freihandels-Mann im weitesten Sinne, und stimme nur dann, und deßhalb für Tarif, damit der Staatsschatz vergrößert wird wenn es nöthig ist." (Cong. Globe, 2. Sitzung d. 33. Cong. S. 1060.

Am 26. Februar 1857, berichtete die Finanz-Committee, daß nach der ersten Sektion des Tarifgesetzes des Repräsentanten-Hauses, das nachfolgende eingeschalten werde:

„Sek. 2. Ferner sei beschlossen: Daß von allen Artikeln, welche in Rubrik A, und B, in der Akte, bezüglich der Herabsetzung der Steuer an importirten Waaren, welche am 31. Juli 1846 angenommen wurde, eingetragen sind, an und nach dem 1. Juli 1859 durchschnittlich eine Steuer von 30 pCt. zu erheben ist, und daß an allen Artikeln, welche in Rubrik C, D, E, F, G, und H, derselben Akte eingetragen sind ein Fünftheil des der gegenwärtigen Steuer abgelassen werden solle, vorausgesetzt, daß keine anderweitige Bestimmungen in der Akte getroffen sind."

Hr. Wilson beantragte, daß die Worte „in Rubrik C, D, E, F, G, H, rc. gestrichen werden sollen."

Bei der Abstimmung über Hrn. Wilson's Amendement waren 14 dafür und 33 dagegen. Senator Stephen A. Douglas wählte nicht.— Nachtrag zum Cong. Globe, 3. Sitzung d. 34 Cong. S. 351.

Hr. Clay von Alabama beantragte den Entwurf amendiren, daß alles, nach der eingeschaltenen Clausel gestrichen werde, und folgendes dafür angenommen werde:

„Daß an, und nach dem 1. Juli 1857 eine Ablassung von 25 pCt. an Steuern, welche durch die Akte, betitelt, ‚Eine Akte der Reducirung der Steuern an importirten Waaren' und für andere Gegenstände, angenommen am 30. Juli 1846, auferlegt sind, stattfinden soll."

„Sek. 2. Ferner sei beschlossen: Daß alle Güter, Waaren rc., welche von irgend einem ausländischen Hafen importirt werden, und an dem 1. Juli in Läden oder Verkaufshäuser sind, nach den oben angegebenen Bestimmungen zu besteuern sein sollen."

Diese Bestimmung wurde mit 26 gegen 24 Stimmen angenommen. Senator Stephen A. Douglas wählte mit den Freihändler des Südens für die Annahme.

Anhang zu dem Cong. Globe, 3. Sitzung, d. 34. Cong. S. 354 u. Ver. St.-Senats-Journal 3. Sitzung d. 34. Cong. S. 262.

Es wurde beschlossen, dieses Amendement der Akte beizufügen, und dann dieselbe zum drittenmale zu lesen.

Auf Antrag des Hrn. Bell, wurde der vorhergegangene Antrag mit 25 gegen 24 Stimmen in Wiedererwägung gezogen.

Senator Douglas wählte nicht.

Anhang zu dem Cong. Globe, 3. Sitzung d. 34. Cong. S. 356, und im Ver. St.-Senats Journal derselben Sitzung S. 263.

Auf Antrag des Hrn. Bell, sollte das von Hrn. Clay eingebrachte Amendement in Wiedererwägung gezogen werden, welches auch geschah allein nicht verworfen, weil eine Stimmengleichheit stattfand—25 dafür und 25 dagegen. Hr. Douglas stimmte nicht. Anhang zu dem Cong. Globe, 3. Sitzung, d. 34. Cong. S. 356, u. Ver. Staaten-Senats-Journal d. 3. Sitzung S. 263.

Hr. Hunter von Virginien, brachte nachfolgenden Antrag ein, der an die Stelle des Antrags der Finanz-Committee gesetzt werden sollte:

„Daß von und nach dem 1. Juli 1857 folgende Steuern, statt der gegenwärtigen auferlegten, angenommen werden sollen: für alle Artikel in Rubrik A, und B, des Tarifgesetzes von 1846, eine Steuer von 30 pCt. und an alle Artikel in Rubrik C, D, E, F, G und H, dieselben Aktes die Steuern von 23 pCt., von 19 pCt., 15 pCt., 12 pCt. u. s. w."

Siehe den Anhang zu dem Cong. Globe, 3. Sitzung des 34. Congresses, Seite 358 und Ver. Staaten-Senats-Journal derselben Sitzung, Seite 266.

Unter den Gegenständen die in Rubrik C in dem Tarifgesetz von 1846 eingetheilt sind und 30 pCt. Steuer heben, finden wir Eisen in Stangen, Stücken, Riegel, Streifen, Reifen, längliche Form, kurz in allen Formen verschiedenen Gestalten geschmiedet und gegossen.

Bei der Abstimmung der Hunder'schen Amendements, welches die Artikel in Rubrik C von 30 pCt. auf 23 pCt. herabsetzt, stimmten 33 dafür und 17 dagegen. Senator Stephen A. Douglas stimmte dafür, mit den Freihändler des Südens. Anhang zu dem Cong. Globe, 3. Sitzung des 34. Congresses, Seite 358 und Ver. Staaten-Senats-Journal derselben Sitzung, Seite 267.

Dieser so ammendirte Gesetz-Entwurf wurde dem Repräsentantenhaus zur Begutachtung zugeschickt.

Am 28. Febr. 1857 sandte das Repräsentantenhaus eine Botschaft an den Senat, mit

der Bemerkung, daß derselbe die dem Antrag zugestellten Amendements nicht annehmen könne, und daß ein Committee von beiden Körperschaften erwählt werden solle um über den Gegenstand Rücksprache zu nehmen.

Auf Antrag des Hrn. Hunter, bestand der Senat auf seinem Amendement, ernannte aber die vom Repräsentantenhaus erwünschte Committee.

Am 2. März 1856 berichtete Hr. Hunter von der Conferenz-Committee folgendes:

„Die Committee über Rücksprache, betreffs der Nichtvereinbarung der beiden Häuser, bezüglich der Akte (H. R. No. 566) betitelt: Eine Akte zur Reducirung der Steuern an importirten Waaren und andern Gegenständen kam zusammen.

„Nach einer völligen freien Diskussion beschloß die Committee nachfolgende Artikel ihren resp. Häusern zur Annahme anzuempfehlen:

„An der 1. Seite, Zeile 13 die Worte „dreiundzwanzig" einzuschalten; ebenso alles zu streichen was auf der 2. Seite, Zeile 8 nach dem Wort „das", kommt bis zum Ende der betreffenden Sektion Seite 4, und daß an Stelle derselben nachfolgendes gesetzt werde."

Da die Akte nebst ihren Amendements ein ziemlich langes Dokument ist, so lassen wir es nicht hier folgen, verweisen aber unsere Leser auf den Cong. Globe, 3. Sitzung des 34. Congresses Seite 1060 und auf das Ver. Staaten-Senats-Journal derselben Sitzung Seite 305, wo dieselbe ganz zu finden ist.

Aus dem Amendement ist zu ersehen, daß die Steuern auf Artikel, welche in Rubrik C bezeichnet sind, von 23 auf 24 pCt. erhöht wurden.

Bei Abstimmung über Annahme des Berichts dieser Conferenz-Committee, stimmten 33 dafür und 8 dagegen. Hr. Senator Douglas stimmte vereint mit den Freihändler des Südens dafür. (Cong. Globe, 3. Sitzung des 34. Congresses, S. 1062 und Ver. Staaten-Senats-Journal derselben Sitzung, S. 307.

Am 15. Juni 1860, der Senat als Committee des Ganzen beschloß die Berathung, der Akte (H. R. No. 338), bezüglich der ausstehenden Staatsschatzamtsnoten, eine Anleihe zu bestimmen, und die Steuern an importirten Waaren und anderen Gegenständen zu reguliren und festzustellen.

Hr. Hunter, mit Instruktionen der Finanz-Committee, beantragte die weitere Berathung dieser Akten zu vertagen, bis zum 2. Montag im nächsten December.

Ueber diese Frage machten die Senatoren Hunter, Bigler, Cameron und Simmons verschiedene Bemerkungen.

Senator Hamlin sagte: „Hr. Präsident, die Frage die jetzt vor dem Senate schwebt ist eine solche, diese Akte der nächsten Sitzung dieses Congresses zu übermachen. Es ist diese eine berechtigte Frage, die höher steht, als eine Frage zur Amendirung. Solche Senatoren, die mit mir diese Akte begünstigen, und einen authentischen Bericht über den Gebrauch ihrer Stimmen niedergelegt haben wollen, und vielleicht den Gegenstand, wenn er zur Diskussion gekommen wäre, eifrig zu vertheidigen beabsichtigten, haben durch diesen Antrag jede Gelegenheit verloren. Eine direkte Abstimmung über die Akte, kann bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht stattfinden, es sei denn, daß der Senat den Antrag, diese Frage zur nächsten Sitzung zu vertagen, niederstimmte. Ich glaube, daß es keine bessere Gelegenheit gibt, die Ansichten der Männer in dieser Frage zu prüfen, als direkt gegen den Antrag der Vertagimg zu stimmen, um dadurch zu bezwecken, den Gegenstand vor diese Sitzung zu bringen. Der einzige Weg, unsere Ansichten zu prüfen, ist der, gegen den Antrag zu stimmen. Die Fragen, diesen Gegenstand zur nächsten Sitzung zu vertagen, verhindert jede Abstimmung und Amendirung, es ist allerdings die einzige, die von Männeen, die bestimmt entschlossen sind, daß nichts in der Fragen geschehen soll, gestattet werden kann. Um in diesem Gegenstand nun bestimmt zu erfahren, wie die Ansichten der Männer sind, beantrage ich, daß, wenn eine Abstimmung vorgenommen wird, dieselbe durch „Ja und Nein" bestimmt werden soll, und daß solche Abstimmung eine Bekenntnißeid-Ablegungsabstimmung sei."

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat,

Für Vertagung. Die Herren: Bayard, Bragg, Chesnut, Clingman, Davis, Fitzpatrick, Green, Gwin, Hemphill, Hunter, Johnson von Arkansas, Johnson von Tennessee, Laue, Mallory, Pearce, Polk, Powell, Pugh, Rice, Saulsbury, Sebastian, Slidell, Toombs, Wigfall und Yulee. — 25.

Gegen Vertagung.

Die Herren: Anthony, Bigler, Cameron, Chandler, Clark, Dixon, Doolittle, Fessenden, Foot, Foster, Hale, Hamlin, Harlan, King, Latham, Seward, Simmons, Sumner, Ten Eyck, Trumbull, Wade, Wilkinson und Wilson. — 23.

Senator Stephen A. Douglas stimmte nicht. (Cong. Globe, 1. Sitzung des 36. Congresses,

Seite 3627 und Ver. Staaten-Senats-Journal derselben Sitzung, Seite 673.

Auf diese Art wurde die weitere Berathung dieses Gegenstandes vertagt bis zum zweiten Montag im nächsten December.

Am 16. Juni 1860 beantragte Hr. Powell von Kentucky, daß der Beschluß, der die Berathung der Tarif-Akten zum 2. Montag im nächsten December vertagte, in Wiedererwägung gezogen werde.

Der Präsident entschied, daß diese Frage eine berechtigte sei und zugelassen werden könnte.

Am 20. Juni beantragte Hr. Bigler von Pennsylvanien, daß alle vorliegende Geschäfte vertagt würden, um über die Tarifakten zu berathen, auf Grund des Antrags von Hrn. Powell.

Die Abstimmung ergab folgendes Resultat:

Für den Antrag stimmten die Herren: Anthony, Bigler, Bright, Cameron, Chandler, Clark, Collamer, Crittenden, Davis, Doolittle, Fessenden, Fitch, Foot, Foster, Hale, Hamlin, Harlan, Kennedy, King, Lane, Latham, Nicholson, Polk, Powell, Seward, Simmons, Sumner, Ten Eyck, Thomson, Trumbull, Wade, Wilkinson und Wilson. — 33.

Gegen den Antrag stimmten die Herren: Bragg, Brown, Chesnut, Fitzpatrick, Green, Gwin, Hammond, Hemphill, Hunter, Iverson, Johnson von Tennessee, Mollory, Mason, Rice, Toombs, Wigfall und Yulee. — 17.

Senator Douglas stimmte nicht. (Cong. Globe, 1. Sitzung des 36. Congresses, S. 3191 und Ver. Staaten-Senats-Journal derselben Sitzung, Seite 720.

Auf diese Weise war der Antrag auf Wiedererwägung angenommen. Eine abermalige Abstimmung dagegen, zu vertagen, verworfen.

Der Sekretär verlas hierauf die Akte, welche durch verschiedene Unterbrechungen wegen anderen Geschäften kaum vernommen werden konnte, und schließlich wurde, ohne etwas gethan zu haben, ein Antrag auf der Sitzung angenommen. In den wenigen darauf folgenden Tagen, die der Senat zur Sitzung noch übrig hatte, wurde die Frage nicht mehr in Erwägung gezogen.

So schließlich endete der authentische Bericht der in den erwähnten Congressional Globe und im Ver. Staaten-Senats-Journal niedergeschrieben ist.

Arbeiter! Der fabrizirenden Staaten! Leset dieses vorsichtig, und dann unterscheidet, ob ihr einen Mann durch Eure Stimme zum höchsten Amt der Ver. Staaten helfen wollt, der bei allen Gelegenheiten die Interessen des Landes und die der Arbeiter vernichten half, ein Mann, der die Tarif-Akten vernichtete. Einen Mann, der im Ver. Staaten-Senat offen und ohne aufgefordert zu sein erklärte:

„Ich bin ein Freihandelsmann, soweit man ihn treiben kann, im weitesten Sinne des Wortes!“

Bürger Pennsylvaniens, seid ihr bereit einen Mann auf den Präsidentenstuhl zu erheben und ihm die höchste Kraft in die Hände zu geben, der alle Mittel anwandte das Tarifgesetz zu widerrufen, und besonders den Tarif, welcher auf Eisen lag. Ein Mann, der öffentlich im Ver. Staaten-Senate erklärte:

„Ich kenne keinen Gegenstand, von dem wir mit größerer Leichtigkeit und mit größerem Vortheil den Zuschuß nehmen könnten, im materiellen Interesse des ganzen Landes, als von diesem. (???)

Sollen die Eisen- und andere Fabriken genöthigt sein, ihre Arbeiten einzustellen und tausende dadurch außer Arbeit und Brod bringen, durch die Einführung des Freihandelsystems, durch die Mitwirkung eine Executive, welche sich verbürgt hat, dieselbe einzuführen? Wollt ihr dafür Eure Stimmen geben, um Euch den Vorwurf machen zu können, an dem Verderben Amerika's Schuld zu sein?